

Eine Verbalnote an Ungarn in der westungarischen Frage.

Die deutschösterreichische Regierung hat beim ungarischen Außenminister Lovasz eine Verbalnote überreicht, die die Antwort auf die am 17. d. überreichte Protestnote der ungarischen Regierung darstellt.

Die Note stellt zunächst fest, daß die deutschösterreichische Regierung sich seit dem Augenblicke der Auflösung der Monarchie allzeit bemüht hat, zwischen dem magyarischen und dem deutschösterreichischen Volke ein freundschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten, ohne Rücksicht auf die in Ungarn jeweils herrschende Staats- und Regierungsform. Ueberzeugt von der dauernden Interessengemeinschaft beider Nationalstaaten an der mittleren Donau hat die deutschösterreichische Regierung den Grundsatz festgehalten, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates strenge zu vermeiden, und sie hat jeden Annexionsversuch, ja selbst jeden Versuch, die öffentliche Meinung Deutschwestungarns durch amtliche Propaganda zu beeinflussen, unterlassen.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Friedenskonferenz dem Standpunkt der deutschösterreichischen Regierung in der Frage Deutschwestungarns Rechnung getragen, und in ihrer Antwortnote vom 20. Juli den Entschluß kundgegeben hat, dieses Gebiet Deutschösterreich zuzuschreiben. Die deutschösterreichische Republik betrachtet diesen von Vernunft und Gerechtigkeit diktierten Beschluß der Weltmächte als unabänderlich.

Gegenüber dem Hinweis der ungarischen Protestnote auf den peinlichen Eindruck, den die Entschließung Deutschösterreichs, die Ruhe und Ordnung in den deutschen Gebieten Westungarns mit deutschösterreichischen Sicherheitsorganen aufrechtzuerhalten, angeblich deshalb hervorgerufen habe, weil Deutschösterreich während des Terrors keine Intervention beschlossen hätte, betont die deutschösterreichische Regierung, daß sie grundsätzlich weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart eine Politik der Intervention betrieben hat noch in Zukunft betreiben wird. Sie sorgt einfach für die Sicherheit und Ordnung im ganzen Umfange ihrer Verantwortlichkeit und überall dort, wo es das Wohl des eigenen Volkes erfordert. Demgemäß erwächst ihr die Pflicht zur Fürsorge, daß Westungarn nicht in letzter Stunde Requisitionen preisgegeben und in erschöpftem Zustande mit Deutschösterreich vereinigt werde. Ein Vorgehen der neuen ungarischen Regierung, vermöge dessen ohne Rücksicht auf die Intentionen der Pariser Friedenskonferenz, des obersten völkerrechtlichen Forums der Welt, magyarische Truppen nach Westungarn verlegt werden, ohne mit der künftigen Staatsgewalt das Einvernehmen herzustellen, müßte offenbar als ein unfreundlicher Akt gegen uns angesehen werden.

Die magyarische Volksrepublik befindet sich im Widerspruch zu den Erfordernissen unserer Zeit, wenn sie ein Recht zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über deutsche Gebiete in Anspruch nimmt und die Bewohner dieses Gebietes im Widerspruch zu den in aller Welt bekannten Tatsachen als „Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut“ anspricht. Sie verkennt hiermit auch die Voraussetzung dauernder Freundschaft zwischen den beiden Nachbarvölkern.

Die Note wendet sich weiter gegen die geplante Besetzung Westungarns mit magyarischen Truppen unter dem Vorwand der Sicherung einer stufenweisen Erholung und besseren Zukunft und sieht darin die Absicht der ungarischen Regierung, das Dreiburgenland an der freien Entschließung und Abstimmung durch die Gewalt der Waffen zu behindern oder zumindest noch reich vor der Abstimmung entscheidende Tatsachen zugunsten des nationalen Imperialismus zu setzen.

Zu der in der ungarischen Protestnote beanstandeten Wendung von der chauvinistischen Gewalttätigkeit der magyarischen Truppen bemerkt die Note, daß sie von den gesicherten Erfahrungen eines halben Jahrhunderts eingeebnet sei, die uns belehren hätten, daß die von Franz Deak 1868 den nichtmagyarischen Völkern gemachten Zusagen nicht eingehalten und durch gewaltsame Unterdrückung ersetzt worden sind. Daher müsse es die ungarische Regierung beargwöhnen finden, daß das Vertrauen zur milden Behandlung der deutschen Bewohner dieses Gebietes durch magyarische Truppen sich nicht allzu rasch und auf die bloße Versicherung der gegenwärtigen Regierung hin einstellen könne.

Die ungarische Regierung beruft sich auf die bisherige Haltung Deutschösterreichs, das eine unbeeinflusste Volksabstimmung forderte. Deutschösterreich beharrt bei dieser Forderung, unsere Loyalität darf aber von keiner anderen Seite als erworbenes Recht behandelt werden, um Allokationen darauf zu stützen, indem die Volksabstimmung durch Besatzungstruppen beeinflusst wird. Bei dem Entschluß unserer Regierung hat es sich nicht um eine militärische Besetzung, sondern um die Sicherung von Ruhe und Ordnung gehandelt. Die Volksabstimmung, auf der wir bestehen, soll stattfinden unter der Besetzung einer dritten, neutralen Macht.

Es handelt sich um eine entschiedene Sache, die nur den vollen rechtlichen Vollzug erwartet. Die deutschösterreichische Regierung vertraut darauf, daß auch

die neue ungarische Regierung in freundschaftlicher Weise dabei bemüht sein wird, die Voraussetzung für eine dauernde gute Nachbarschaft der beiden Völker an der mittleren Donau zu schaffen und zu erhalten.

Der magyarische Terror in Deutsch-Westungarn.

Aus Fürstenfeld wird berichtet: Trotz der wahrscheinlich erfolgten Eintracht der Entente missionen bei der Budapester Regierung dauern die Gewaltmaßnahmen der untergeordneten magyarischen Organe fort. Alle erziehbaren Teilnehmer an den Anschlußkundgebungen des letzten Sonntag werden unter Mißhandlungen brutalster Art eingezogen. Vor den auf ihre Brust gerichteten Bajonetten werden sie gefragt, ob sie für den Verbleib bei Ungarn stimmen wollen. Wenn sie dies tun, werden sie freigelassen und unter Gendarmerieaufsicht gestellt. Trotzdem lassen sich die Leute nicht einschüchtern und erklären frei, daß sie nach wie vor zu Deutschösterreich gehören wollen. Alle Gefängnisse Steinamangers sind überfüllt. Die Vertreter der 231 Gemeinden des Eisenburger Komitats, die den Anschluß an Steiermark vollzogen haben, haben sich an alle in Betracht kommenden Stellen der Entente und der Regierung von Wien gewendet, um die Einstellung aller Verfolgungen seitens der Budapester Regierung zu erreichen.

Strenge Grenzsperrung seitens der Magyaren.

Aus Wiener-Neustadt wird berichtet: Leute aus dem Oedenburger Komitat, die von Neufeld nach Ebenfurth in Niederösterreich herüberkommen konnten, berichten, daß die Grenze jetzt nicht mehr passiert werden kann, da die Magyaren eine strenge Grenzsperrung eingerichtet haben. Den Grenzdienst versehen Szekler Truppen, die, bis zu den Zähnen bewaffnet und mit Sandgranaten ausgerüstet, in gewalttätigster Weise vorgehen und sowohl verhindern, daß Leute von Deutschösterreich nach Westungarn gehen als auch, daß umgekehrt Bewohner Deutsch-Westungarns nach Deutschösterreich gehen. Überall wurde wieder die magyarische Sprache eingeführt und in den Ämtern darf nur magyarisch gesprochen werden.

Eine Deutsche Bauern- und Bürgerpartei in Ungarn.

Wie uns aus Budapest berichtet wird, werden im Lande unter den Deutschen Aufträge mit der Aufforderung zum Beitritt zu einer Deutschen Bauern- und Bürgerpartei verbreitet, die den Zweck verfolgt, die nationalen Interessen der ungarländischen Deutschen zu pflegen und insbesondere die Autonomie für die Deutschen Ungarns zu erlangen.

Blutige Zusammenstöße zwischen ungarischen Truppen und Bevölkerung.

Aus Budapest wird unterm Gestrigen berichtet: Das rumänische Pressbureau meldet: Nach aus Barozsalona hier eintreffenden Nachrichten ist es beim Einrücken der ungarischen Truppen, die die Stadt besetzen wollten, zwischen diesen und der Bevölkerung zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die ungarischen Truppen wurden gezwungen, die Stadt zu räumen und mußten sich nach Steinamanger zurückziehen.

Forderung nach Uebernahme der westungarischen Verwaltung.

Aus Graz, 20. d., wird uns telegraphiert: Veranlaßt durch die Entschließung der 213 Gemeinden Deutsch-Westungarns hat die Parteileitung des steirischen Bauernbundes, Dr. Klusmann, Bastian sowie der Landtagsabgeordnete Bichler, beim Landeshauptmann Dr. Hintelen vorgeschlagen, um die Landesregierung zur sofortigen Uebernahme der gesamten Verwaltung Deutsch-Westungarns zu veranlassen. Die Abordnung besprach eingehend mit dem Landeshauptmann die Lage und beriet über die einzuleitenden Schritte.

Ein Dementi Dr. Bauers.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau ist zu folgender Mitteilung ermächtigt: Nach einer Meldung des rumänischen Pressbureaus hätten die rumänischen Besatzungsbehörden in Budapest in den Archiven des ungarischen Ministeriums des Außern unter anderem auch ein Telegramm des ehemaligen deutschösterreichischen Staatssekretärs für Neues Dr. Bauer an Bela Kun vorgefunden, in dem an diesen das Ersuchen gerichtet wird, alle auf die Waffenlieferungen Deutschösterreichs an Ungarn bezüglichen Akten zu vernichten. Diese Meldung ist vollständig unwahr. Dr. Bauer hat ein solches oder ähnliches Telegramm weder an Bela Kun noch an irgendeine Person oder irgendeine Stelle der ungarischen Räteregierung gerichtet. Während der Amtstätigkeit des Staatssekretärs Dr. Bauer ist niemals die staatliche Erlaubnis zur Lieferung von Waffen oder Munition an die ungarische Räteregierung gegeben worden.